



NIEDERSCHRIFT

über die 42. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 11.12.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:06



Aydin Tas

ab 17.16 Uhr TOP 2 ö.S.

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

bis 19.00 Uhr TOP 2.2 ö.S.

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein (Jugendamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Julia Westermann (Hauptamt)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörllheim)

Ricarda Bodenseh (Pressestelle)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Andreas Hott

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Magdalena Schwarzmüller



Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

FWG

Linda Klein

Nicht Entschuldigt

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2019 - 2022, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung
Vorlage: 240/090/2018
 - 2.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2019
Vorlage: 820/250/2018
 - 2.2. Anpassung der Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: 660/182/2018
 - 2.3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Erhöhung des Ansatzes für Maßnahmen zur Fahrradinfrastruktur
Vorlage: 101/447/2018
 - 2.4. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Berichts zur sozialen Lage in Landau
Vorlage: 101/450/2018
 - 2.5. Haushaltssatzung 2019; Ergänzungsvorlage - a) Vorschläge der Einwohner zum Entwurf der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans oder seiner Anlagen - b) Nachträgliche Aufnahme einer Investitionsmaßnahme - c) Anträge, die in die Haushaltsberatungen verwiesen wurden
Vorlage: 240/093/2018
3. Änderung der Kostenordnung des Dorfgemeinschaftshauses Godramstein (Kinksche Mühle) zum 1. Januar 2019
Vorlage: 100/265/2018
4. Eintrittspreis Anpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2019
Vorlage: 700/014/2018
5. Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL
Vorlage: 860/406/2018
6. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2019 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung
Vorlage: 860/407/2018



7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Gesetzliche Initiative zur Dezimierung der Saatkrähen im innerstädtischen Bereich
Vorlage: 101/446/2018
8. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrradring Landau
Vorlage: 101/451/2018
9. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 230/339/2018
10. Übertragung von 3 Grundstücken incl. aller Aufbauten in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)
Vorlage: 230/348/2018
11. Stadtbibliothek Landau in der Pfalz, Neufassung der Benutzungs- und Kostenordnung
Vorlage: 300/145/2018
12. Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 300/148/2018
13. Vergabe der Pflegearbeiten und des Winterdienstes auf dem Hauptfriedhof 2019 bis 2022
Vorlage: 320/122/2018
14. Integriertes Klimaschutzkonzept
Vorlage: 350/121/2018
15. Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 400/116/2018
16. Kulturloge Landau;
Gründung einer Partnerschaft mit der Kulturabteilung der Stadt Landau
Vorlage: 410/025/2018
17. Bebauungsplan „C 39, Prießnitzweg“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/533/2018
18. Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“, Fortschreibung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts
Vorlage: 610/534/2018
19. 4-streifiger Ausbau der B 10: Bau einer Geh- und Radwegeverbindung zwischen Nußdorf und Landau entlang der L 516 und L 512
Vorlage: 660/183/2018
20. Ausbau der Unter- und Herrenstraße in Landau-Mörzheim; Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/183/2018



21. Vergabe der Reinigungsleistungen im Zoo Landau in der Pfalz
Vorlage: 700/015/2018
22. Wirtschaftsplan 2019 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: 810/012/2018
23. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach die Vergnügungssteuer an, die seiner Meinung nach zusammen mit der Umsatzsteuer eine Doppelbesteuerung darstelle.

Herr Messemer erläuterte, dass es höchstrichterlich entschieden sei, dass dies zulässig ist.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es Vorgabe der Aufsichtsbehörde sei, die Steuersätze an die anderen Städte anzugleichen. Dabei habe man die Gaststätten entgegen der Erwartung der ADD von der Erhöhung ausgenommen.

Ein weiterer Einwohner fragte, wann und wie die Parkseite an der Martin-Luther-Straße bei der Festhalle besser ausgeleuchtet werde. Dann habe er eine Anregung für eine Kurzzeitparkregelung in Innenstadtnähe eingebracht. Hier würde er gerne wissen, ob dies aufgenommen worden sei.

Der Vorsitzende erläuterte zu den angesprochenen Punkten.

Ein weiterer Einwohner griff nochmals das Thema Vergnügungssteuer auf und fragte, was passiere, wenn sich die Stadt über die Vorgabe der ADD hinwegsetzen würde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die ADD dann als Folge den Haushalt nicht genehmigen würde.

Der Einwohner wollte dann wissen, wann und wo die Beiträge zum Ideenwettbewerb "Marke Landau" veröffentlicht werden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass im Januar im Rahmen einer öffentlichen Mitgliederversammlung des Vereins Stadtmarketing die Preisverleihung erfolgen werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2019 - 2022, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 5. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Er lege heute den Haushaltsentwurf einer kreisfreien Stadt vor, deren Aufgaben in nahezu alle Lebensbereiche hineinreiche. Effizient und engagiert wolle man auch im Jahr 2019 gemeinsam die Stadt gestalten. Als er 2016 sein Amt angetreten habe, habe er im ersten Haushalt 12 Handlungsfelder definiert. Er wolle heute noch mal kurz darauf eingehen. Ein Punkt sei die Bewältigung der Flüchtlingssituation gewesen. Weiterer Punkt sei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gewesen, der Aufbau einer Wohnraumversorgungsstrategie. Es sei um die Zukunft der Stadtdörfer gegangen mit dem Modellprojekt "Kommune der Zukunft". Dann sei ein weiterer Punkt die Innenstadtentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung gewesen, ebenso die Fortsetzung der Schulsanierungen und die Sanierung der Sportstätten. Es sei um das Thema kommunale Verkehrsinfrastruktur gegangen und um den Ausbau der Breitbandversorgung. Mit diesem Haushalt setze man die Abarbeitung dieser Zukunftsthemen konsequent fort.

In der Umsetzung befinde sich der Flächennutzungsplan als Masterplan der Stadtentwicklung. An vielen Themen arbeite man gleichzeitig, dadurch sei eine gewisse Unruhe in der Stadt spürbar. Sein Dank gelte der Verwaltung, dem Rat und den Bürgern für die engagierte Arbeit und die konstruktive Begleitung.

Investitionsschwerpunkte seien der weitere Ausbau der Kindertagesstätten, die Baulandstrategie im Rahmen von "Landau baut Zukunft", der soziale Wohnungsbau und die gewerbliche Entwicklung. Das Thema Schulentwicklung mit der Erweiterung von Grundschulen und die Sportstättenentwicklung werde ebenso Thema sein wie die Entwicklung der Innenstadt. Weiterer Schwerpunkt werde die Verkehrsinfrastruktur und das Thema Mobilität sein.

Die Erträge im Haushalt würden um 2,2 Millionen Euro auf 146,6 Millionen Euro steigen. Allerdings würden die Aufwendungen stärker steigen auf 158 Millionen Euro. Daraus ergebe sich ein Defizit von fast 11,5 Millionen Euro. Dies stelle uns natürlich vor Herausforderungen, sei aber kein Argument für eine Einkreisung. Man gebe 75 Millionen Euro allein für Jugend und Soziales aus, wovon man 60 % selbst schultere. Wenn das Land sich nur zur Hälfte an den Sozialausgaben beteiligen würde, könnte man den Haushalt ausgleichen. Von der neuen Schlüsselzuweisung des Landes für hohe Soziallasten habe die Stadt Landau leider nichts. Das Problem sei, dass wir einerseits als überdurchschnittlich finanzstark gelten, andererseits aber wegen des unausgeglichenen Haushalts als besonders finanzschwach. Zur Finanzlage insgesamt werde er dem Rat im ersten Quartal 2019 einen ausführlichen Bericht vorlegen. Erfreulich sei, dass man 2018 insgesamt 30 Millionen Euro Liquiditätskredite zurückzahlen konnte. Man habe auch eine unter dem Landesdurchschnitt liegende Pro-Kopf-Verschuldung. Dies zeige, dass die Größe allein kein Argument für einen Verzicht auf die Kreisfreiheit sei.

Im Jahr 2019 habe man mit 46,5 Millionen Euro einen Rekordwert an Investitionen, davon 10 Millionen Euro für die Stadtteile. Das Land gebe 750.000 Euro für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte aus dem Projekt "Kommune der Zukunft". Eines der Schwerpunktthemen 2019 werde natürlich die Kommunalwahl sein mit der Neukonstituierung der Gremien. In besonderer Weise werde man sich auch mit der Zukunft der Universität befassen müssen. Dies könne unter Umständen Auswirkungen



auf die Stadtentwicklung haben. Auch die Partizipation der Bürger werde weiter geführt in Form von Wettbewerben, Workshops und formellen Verfahren. Eines der großen Themen sei die Sauberkeit in der Stadt, ein Thema, das die Bürgerinnen und Bürger sehr bewege.

Als Fazit bleibe: "Es läuft in Landau!"

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass das Land weiter nach dem Motto verfare "Das Land bestellt, die Stadt bezahlt". Dennoch könne die Stadt weiter investieren. Die Stadt habe eine positive Einnahmeentwicklung mit einem Plus bei der Einkommensteuer und einer weiteren Steigerung bei der Gewerbesteuer. Dagegen stehe aber auch eine Zunahme bei den Leistungen für Jugend und Soziales von über 4 Millionen Euro, was eine Steigerung um 6,5 % sei. Das Land lasse hier die kreisfreien Städte am langen Arm verhungern. Ein Beispiel sei das geplante neue Kita-Gesetz, durch das in Landau etwa 40 Erzieherinnenstellen nicht mehr bezuschusst würden.

Seit etwa 30 Jahren habe man einen unausgeglichene Haushalt. Würde Rheinland-Pfalz wie das Saarland die Hälfte der Kassenkredite der Kommunen übernehmen, bekäme Landau 26 Millionen Euro zur Entlastung. Stattdessen habe man eine schreiende Schiefelage in der Finanzierung der Städte. Nun gebe es das Gutachten, sechs kreisfreie Städte aufzulösen und in die Landkreise einzugliedern, um damit einen Teil der Finanzprobleme zu lösen. Das Gutachten aber bleibe den Beweis für diese Theorie schuldig.

Erfreulicherweise habe Landau gut investiert, allein in den Bereich Schulen würden erneut 5 Millionen Euro fließen. Auch das Thema Kindertagesstätten sei in Landau kein Thema, weil hier keine Kita-Plätze fehlen würden. Man hoffe nach wie vor, dass der Bund den Bau des Kunstrasenplatzes bezuschusse. Auch Investitionen in eine funktionierende Mobilitätsstruktur seien wichtig. Daher sage man Ja zum Ausbau von Radwegenetzen, Ja zur Anschaffung von Leihrädern und auch Ja zum Ausbau des ÖPNV. Hier würde man sich den Aufbau eines "Landau-Taktes" wünschen. Aber man sage auch Ja zur Optimierung des motorisierten Individualverkehrs und den Erhalt der Parkplätze.

Endlich sei auch die Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft gelungen, die beim GML gut aufgehoben sei. Mit diesem Haushalt würden sich die Früchte der guten Arbeit der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zeigen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Maier stellte fest, dass Menschen in Gesprächen von der Stadt Landau schwärmen würden. Dies habe auch etwas mit der atemberaubenden Stadtentwicklung zu tun. Er denke dabei beispielsweise an den Bahnhofsvorplatz, den Boulevard Ostbahnstraße und das Gelände der Landesgartenschau. Auch in den folgenden Jahren investiere man weiter in die Zukunft der Stadt. Der Ostpark werde aufgewertet, ebenso der Weißquartierplatz und der Rosenplatz.

Wie alle erfolgreichen Städte müsse man aber aufpassen, dass nicht die Menschen verloren gehen, die nicht jede Preissteigerung auf dem Wohnungsmarkt mitmachen können. Wer aber mit seinen Stimmen verhindern wolle, dass auf vorhandenen Flächen gebaut werde, der verhindere auch, dass sozialer Wohnungsbau entstehen kann. Er könne die Verärgerung verstehen, dass Teile des Gutachtens zur Kommunalreform bekannt geworden seien. Das Land habe aber bereits klargestellt, dass es keine Zwangsfusionen geben werde. Es gebe dieses Gutachten mit Vorschlägen, aber man müsse nicht alles machen, was in einem Gutachten stehe.

Im Jahr 2019 investiere man wieder viel Geld für Jugend und Soziales. Gerechte Bildungschancen und Teilhabe für alle Menschen müssten im Mittelpunkt der Politik stehen. Dies sei das Fundament einer gesunden Gesellschaft. Erfreulich sei, dass das Modellprojekt "Kommune der Zukunft" so positiv vorangetrieben werde. Es gebe aber



auch einen gewaltigen Nachholbedarf für die Stadtdörfer gegenüber den eigenständigen Dörfern im Landkreis.

Entgegen der Aussagen der Opposition tue man sehr wohl was für Geringverdiener und veranschlage sehr wohl Mittel für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur. Als SPD wolle man ein Landau, in dem man gut leben könne und in dem für Menschen aller Einkommensklassen Platz sei. Als Stadt segle man eindeutig mit Verantwortung und Augenmaß in die richtige Richtung. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass der Klimaschutz das politische Thema unserer Zeit sei. Die Probleme seien aber zu groß für eine einzelne Stadt. Landau habe bisher nicht bewiesen, dass man der Herausforderung gewachsen sei. Mit dem 2012 beschlossenen Klimaschutzkonzept habe man das Ziel verfolgt, bis 2020 eine CO²-Einsparung von 20 % zu erreichen. Dies sei schon jetzt nicht mehr erreichbar. Es gab seit 2012 nie die angekündigten Zwischenberichte, um evtl. nachsteuern zu können. Am deutlichsten werde dies im Feld der Mobilität. Von den 7,5 Millionen Euro Investitionen im Bereich der Mobilität würden 85 % in den PkW-Verkehr fließen.

Es gebe durchaus auch gute Punkte in diesem Haushalt wie die Anschaffung von Elektrorädern für die Verwaltung, die Schaffung von Ladesäulen für Elektroautos und die Einführung eines Klimaschutzmanagers. Aber bis 2050 müsse der Verkehrsbereich 90% der CO²-Emissionen einsparen. Hierfür müsse man die Strukturen schaffen. Man brauche hierfür durchgängige Fahrradrouten in der Stadt, mehr Abstellanlagen für Fahrräder, die Einführung eines Stadtbussystems, die Konzentration von Parkplätzen und die Abschaffung der Brötchentaste. Manches finde sich in Ansätzen in diesem Haushalt, aber nichts mit der notwendigen Konsequenz. Die Grünen hätten in dieser Wahlperiode zahlreiche Vorschläge eingebracht, die aber nicht ernst genommen würden. Viele Konzepte seien in den letzten Jahren verabschiedet worden, ohne sie wirklich umzusetzen. Im Gegensatz zur Auffassung des Oberbürgermeisters könne man eben nicht in allen Bereichen mit gleicher Kraft aktiv sein. Es gebe für die Baugebiete aber genügend Alternativen wie man es machen könne, z.B. mit urban gemischten Gebieten, Begrünung und Solarenergie. Auch wenn man gegen das Projekt "Landau baut Zukunft" sei, werde man trotzdem für eine besseres "Wie" kämpfen. Er habe aber gelernt, dass der Stadtrat nicht unbedingt der beste Ort für Debatten über diese Fragen sei.

Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt ab.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass man bei der Verdichtung an Grenzen komme. Es sei auch nicht sinnvoll, Fahrrad gegen Auto auszuspielen. In der Innenstadt lasse sich vieles ohne Zweifel mit dem Fahrrad erledigen. Aber Landau bestehe nicht nur aus der Innenstadt. Landau sei eine prosperierende Stadt, dem müsse man Rechnung tragen. Andererseits dürfe man auch Bauland nicht zu billig anbieten, um keine Sogwirkung nach Landau zu erzeugen.

Wenn man die 11 Millionen Euro Defizit umrechne, komme man auf etwa 30.000 Euro Neuverschuldung pro Tag. Umso erfreulicher sei, dass man 30 Millionen Euro habe tilgen können. Überlegen müsse man, ob eine Haushaltspräsentation für 2 Personen wirklich Sinn mache. Man trage die Erhöhung der Parkgebühren mit, ebenso wie die Einführung von Nextbike. Hinterfragen müsse man das kostenfreie Parken an den Adventssamstagen. Die große Herausforderung der Zukunft werde die Schaffung von Neubaugebieten sein. Dies gebe große Impulse gerade in den Ortsteilen. Eine weitere große Herausforderung sei der Sektor Schulen. Alleine bei der Digitalisierung seien immense Kosten zu erwarten. Sehr positiv sei, dass die Berufsbildende Schule eine Schulmensa bekomme.

Landau sei auf einem guten Weg und habe sich gut entwickelt. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.



Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte, dass im vergangenen Jahr sehr viel Geld in Wettbewerbe und Gutachten investiert worden sei. Man habe aber zu wenig getan, um eine soziale Stadt voranzubringen. Hierzu diene auch der Antrag für einen Bericht zur sozialen Lage in der Stadt. Sie sehe, dass es sehr wohl eine große Schere zwischen Arm und Reich gebe in Landau, ebenso wie Kinderarmut, Familienarmut und Seniorenarmut. Man wolle denen eine Stimme geben, die keine Stimme haben. Dies sei gut angelegtes Geld.

Ein großes Anliegen der Pfeffer und Salz-Fraktion sei es, eine gesunde Stadt zu haben. Hier sehe man Defizite im Mobilitätsbereich. Es werde hier immer wichtiger, auch die Fußgänger zu berücksichtigen.

Mit den großen Wohnprojekten im Zuge von Landau baut Zukunft im Südwesten der Stadt könne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion nicht leben. Die Neubauaktivitäten in den Stadtdörfern dagegen könne man mittragen, da dies eine organische Dorfentwicklung sei. Man sei keineswegs gegen sozialen Wohnungsbau, eine solche Argumentation sei falsch.

Ein weiterer Punkt sei die Frage, wie man noch mehr für Ökologie tun könne. Es werde ja vieles in dieser Hinsicht erarbeitet, man habe aber ein Umsetzungsdefizit. Hier müsse man sich gemeinsam auf den Weg machen, die Dinge die erarbeitet werden auch umzusetzen.

Der Abriss des Ostringpavillons sei kein gut angelegtes Geld. Ebenso habe sie Bedenken beim Weißquartierplatz. Hier werde vieles auch für die Schublade produziert.

Man werde auch beantragen, einen Situationsbericht zum städtischen Klinikum im Stadtrat zu erhalten.

Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

I.

a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	146.594.450 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	158.046.386 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-11.451.936 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	139.883.755 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	146.531.518 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-6.647.763 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.551.108 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	35.617.569 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen a. Investitionstätigkeit auf	-25.066.461 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	32.896.024 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.181.800 Euro



Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit 31.714.224 Euro
auf

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf 183.330.887 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf 183.330.887 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im 0 Euro
Haushaltsjahr auf

3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2019 bis 2023)

welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus
Investitionstätigkeit ausweist:

2019 35.617.569 Euro
2020 27.621.138 Euro
2021 30.455.551 Euro
2022 17.660.289 Euro

b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

Erfolgsplan
Erträge 14.483.000 Euro
Aufwendungen 17.243.700 Euro
Differenz -2.760.700 Euro

Vermögensplan
Einnahmen 16.278.500 Euro
Ausgaben 16.278.500 Euro

Verpflichtungsermächtigungen 4.250.000 Euro
davon für das Jahr 2020 3.566.000 Euro
für das Jahr 2021 540.000 Euro
für das Jahr 2022 144.000 Euro

Gesamtbetrag der Kredite 5.203.000 Euro
Gesamtbetrag der Liquiditätskredite 3.000.000 Euro

c) Bürgerstiftung

1. im Ergebnishaushalt
Gesamtbetrag der Erträge auf 189.534 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 189.534 Euro
Jahresfehlbetrag auf 0 Euro

2. im Finanzhaushalt
ordentlichen Einzahlungen auf 186.492 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf 137.262 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf 49.230 Euro

außerordentlichen Einzahlungen auf 0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf 0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf 0 Euro



Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	236.492 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	137.262 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	99.230 Euro

d) Landauer Kunststiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	21.090 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	21.090 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	21.090 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	21.090 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	21.090 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	21.090 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

e) Strieffler Stiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	34.510 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	34.510 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	34.510 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	34.510 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro



außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	34.510 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	34.510 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

f) über den Stellenplan.

II. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen sind hiervon Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmenbeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.
2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmenbeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.
3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 30. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2019 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	14.483.000,00 EURO
Aufwendungen	17.243.700,00 EURO
Differenz:	- 2.760.700,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	16.278.500,00 EURO
Ausgaben	16.278.500,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2019 wird festgesetzt auf 5.203.000,00 EURO.
Hiervon sind für den Wohnungsneubau vorgesehen 1.900.000,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf
3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2020 bis 2022 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2020:	3.566.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2021:	540.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2022:	144.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2019: 2.016.000,00 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

Anpassung der Parkraumbewirtschaftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Bals erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion mehrheitlich der Vorlage zustimmen werde. Das Parken sei in Landau in den letzten Jahren immer schwieriger und teurer geworden. Im Moment sei das Mobilitätskonzept in Arbeit, dass man in den kommenden Jahren besprechen werde. Von daher sei die Frage, ob es nicht schlauer wäre, mit der Erhöhung der Parkgebühren noch 2 bis 3 Jahre zu warten. In dieser Zeit könne man dann den ÖPNV vernünftig ausbauen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

Der Anpassung des Kurzzeittarifaktes von 5 Minuten auf 4 Minuten wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.3. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Erhöhung des Ansatzes für Maßnahmen zur Fahrradinfrastruktur

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. November 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann erläuterte den Antrag. Man gebe laut Haushaltsansatz im kommenden Jahr nur 3,5 % der Mittel für Verkehrsinfrastruktur für den Radverkehr aus. Jetzt gebe es eine Verzögerung bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes. Zudem gebe es Maßnahmen die man kurzfristig umsetzen könnte. Im Vergleich werde für Autoinvestitionen das 10-fache ausgegeben. Insofern wären 600.000 Euro für die Fahrradinfrastruktur ein erster kleiner Schritt.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Frühjahr 2019 das Mobilitätskonzept verabschieden werde. Man habe in 2019 ein strammes Arbeitsprogramm und werde Mühe haben, die veranschlagten 250.000 Euro unter die Leute zu bringen.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass man sich grundsätzlich über das Ziel einig sei. Man sollte es jetzt aber dennoch erst mal beim eingestellten Ansatz belassen und die Verabschiedung des Mobilitätskonzeptes abwarten.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass die Grünen hier mit vollkommen schrägen Zahlen agieren würden. Eigentlich gelte das Prinzip, dass man einen Bedarf feststelle, eine entsprechende Planung mache und dann das Geld einstelle. Dies sollte so auch bleiben.

Ratsmitglied Freiermuth hielt den Antrag für unredlich. Hier werde das Fahrrad gegen das Auto ausgespielt. Dabei würden beide oftmals die gleichen Wege benutzen.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde. Man wolle Landau fahrradfreundlicher sehen und den Umstieg auf das Fahrrad fördern. Hierzu brauche man eine vernünftige Infrastruktur. Es werde ohnehin eine Weile dauern, bis man Erfolge sehe. Letztlich spare man auch Kosten im Gesundheitssystem.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass die Verwaltung vorschlage, das Mobilitätskonzept abzuwarten.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass seine Fraktion auf Abstimmung des Antrages bestehe.

Der Stadtrat lehnte mit 8 Ja-, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ab, den Ansatz für Maßnahmen zur Fahrradinfrastruktur für das Jahr 2019 auf 600.000 Euro zu erhöhen und für die Jahre 2020 und folgende jeweils einen Ansatz für Fahrradinfrastrukturmaßnahmen von 600.000 Euro pro Jahr einzustellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.4. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Berichts zur sozialen Lage in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 3. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Andere Städte wie zum Beispiel Heidelberg hätten damit gute Erfahrungen gemacht. Im Fokus stehe die Armutslage in der Stadt. Dabei gehe es neben der Analyse auch um Handlungsempfehlungen. Dies sei auch für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt wichtig.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er nicht der Meinung sei, dass man in Landau zu wenig tue für eine soziale Stadt. Man sei in Rheinland-Pfalz als familiengerechte Kommune zertifiziert, habe die beste Versorgung mit Kita-Plätzen in Rheinland-Pfalz, steige in das Thema Streetworker ein und auch investiv in das Thema Soziale Stadt. Es gebe einen solchen Bericht aus dem Jahr 2007, den man mit eigenen Bordmitteln erstellt habe. Er schlage vor, diesen Bericht im Jahr 2019 fortzuschreiben. Dazu könne man im Jugendhilfeausschuss das Institut für Sozialforschung in Mainz hören.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass es durchaus einen gewissen Charme hätte, einen solchen Bericht von außen erstellen zu lassen. Auch um zu sehen, ob man die Gelder zielgerichtet ausbebe.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass man keine Brachfläche in Sachen sozialer Lage habe. Er sei der Meinung, dass man erst die Fortschreibung des eigenen Berichts abwarten sollte. Diesen könne man dann analysieren und das weitere Vorgehen beraten.

Ratsmitglied Hartmann unterstützte den Antrag der Fraktion Pfeffer und Salz. Er könne sich durchaus vorstellen, sowohl den eigenen Bericht fortzuschreiben, als auch einen externen erstellen zu lassen, um diese dann miteinander zu vergleichen.

Ratsmitglied Freiermuth lehnte den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion nicht grundsätzlich ab. Es könne aber durchaus sein, dass es nicht bei den 50.000 Euro bleibe. Daher plädiere er dafür erst den eigenen Bericht der Verwaltung abzuwarten.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte, dass Heidelberg zusammen mit dem beauftragten Institut den Bericht erstelle. Der alte Bericht bei uns sei 10 Jahre alt, es sei dringend nötig hier neue Erkenntnisse einzuholen.

Der Vorsitzende schlug vor, den Bericht der Verwaltung in jedem Fall mit Bordmitteln fortzuschreiben. Parallel dazu werde man bei verschiedenen Instituten die Kosten anfragen und Angebote einholen.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte den Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters. Es sei alles andere als wirtschaftlich etwas zu beschließen, von dem man noch nicht einmal die Kosten kenne.

Ratsmitglied Wagner widersprach dem Argument der fehlenden Wirtschaftlichkeit. Man habe in dieser Wahlperiode bereits viel Geld für viele andere Gutachten ausgegeben.



Ratsmitglied Follenius-Büssow ergänzte, dass ein externes Gutachten gerade auch beim Projekt Soziale Stadt wertvolle Hilfestellung geben könnte.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion auf Abstimmung bestehe und 50.000 Euro in den Haushalt einstellen wolle.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja-, 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

Die Stadt Landau wendet Mittel in Höhe von 50.000 Euro auf, um einen Bericht zur sozialen Lage in der Stadt Landau von einem Fachinstitut in enger Abstimmung mit den städtischen Ämtern, den Stadtratsfraktionen und den sozialen Organisationen erstellen zu lassen. Er soll analysieren, wie es um die Armut und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Landau steht und konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.5. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2019; Ergänzungsvorlage - a) Vorschläge der Einwohner zum Entwurf der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans oder seiner Anlagen - b) Nachträgliche Aufnahme einer Investitionsmaßnahme - c) Anträge, die in die Haushaltsberatungen verwiesen wurden

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 3. Dezember 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler bezeichnete die Begründung der Stadt zum Antrag „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ als dämlich. Es sei ausdrücklich ein Prüfantrag gewesen, um eine Zertifizierung zu erlangen. Dies habe nichts mit der Fahrradinfrastruktur in Landau zu tun. Er appelliere, dies nachzuholen. Der fällig werdende Zertifizierungsbetrag sei Peanuts.

Ratsmitglied Follenius-Büssow kritisierte die Ausführungen zum Antrag „Nachhaltige Beschaffung“. Man sei doch Fair-Trade-Stadt, was allerdings kein Alibi sein dürfe, sondern Verpflichtung. Sie frage sich, ob schon jemals Kosten für die Umstellung auf Recyclingmaßnahmen beanstandet worden seien. Keiner habe erwartet, dass alle Forderungen aus dem Antrag auf einmal oder in kurzer Zeit erfüllt werden. Es sei aber nicht fair, den Antrag einfach vom Tisch zu wischen. Mit dem Antrag gehe es um die Entwicklung strategischer Zielvorgaben. Schließlich gehe es schlicht und ergreifend um die Notwendigkeit der Begrenzung des Ressourcenverbrauchs.

Ratsmitglied Dr. Blinn bezog sich auf den SPD-Antrag zur Eröffnung des Kultursommers. Er bitte um Mitteilung, wann sich Landau für den Rheinland-Pfalz-Tag bewerbe.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Antrag zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages beim Land laufe. Es werde wohl um die Jahre 2023, 2024 oder 2025 gehen. Im Übrigen bleibe es bei der Empfehlung zu den Anträgen, wie sie in der Sitzungsvorlage aufgeführt seien.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

den in der Vorlage nachfolgend genannten Beschlussvorschlägen der Verwaltung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Änderung der Kostenordnung des Dorfgemeinschaftshauses Godramstein (Kinksche Mühle) zum 1. Januar 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Volkhardt wies daraufhin, dass auch die Akustik des Dorfgemeinschaftshauses dringend verbessert werden müsse.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Anpassung der Kostenordnung des Dorfgemeinschaftshauses Godramstein (Kinksche Mühle) vom 13. Dezember 2016 mit Wirkung zum 1. Januar 2019.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Eintrittspreis Anpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Zoo vom 29. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Anpassung der Einzel-Eintrittspreise und der Kleingruppen-Eintrittspreise A und B im Zoo Landau in der Pfalz wird, wie in der Begründung erläutert, zum 01.01.2019 beschlossen.
2. Die Änderung der Benutzungsordnung für den Zoo der Stadt Landau in der Pfalz wird entsprechend beschlossen und neu bekannt gemacht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Anpassung der Stunden-Verrechnungssätze ab dem 01.01.2019:

für eine Fachkraft von	47,84 €	auf	49,72 €,
für einen Helfer von	42,80 €	auf	44,68 €.

Die Vergütung für die Stadtteilmitarbeiter erfolgt nach den Stundensätzen für Fachkräfte und Helfer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2019 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 7. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Hier gebe es eine Serviceverbesserung durch die Sperrmüllabholung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2019 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

<u>Erfolgsplan</u>	
Erträge	20.468.000,-- €
Aufwendungen	20.486.000,-- €
<u>Vermögensplan</u>	
Einnahmen	5.917.000,-- €
Ausgaben	5.917.000,-- €
Der Gesamtbetrag der <u>Kassenkredite</u> wird festgesetzt auf	150.000,-- €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Gesetzliche Initiative zur Dezimierung der Saatkrähen im innerstädtischen Bereich

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 9. November 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Man sei auf der Suche nach einer Lösung. Das beauftragte Gutachten sei hier nicht zufriedenstellend. An besonders schlimmen Punkten wie dem Otto-Hahn-Gymnasium und der Pestalozzischule müsse man eine Vergrämung machen oder durch Rückschnitt der Bäume punktuelle Lösungen finden. Dies löse aber das Gesamtproblem nicht. Daher werde man an einer Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht vorbeikommen. In 7 Jahren sei die Zahl der Nester um über 1.000 % gestiegen. Es gebe ganz klare Rechtsgutachten, die klarstellen, dass das Land für den Vollzug des Artenschutzgesetzes zuständig sei.

Beigeordneter Klemm erläuterte, dass die Zahl der Nester in den letzten zwei Jahren von 117 auf 415 gestiegen sei. An der Pestalozzischule und am Otto-Hahn-Gymnasium seien es jeweils ca. 45 Nester. Das Gutachten habe alle Beteiligten ernüchert. Man habe entschieden, jetzt beim Otto-Hahn-Gymnasium, bei der Pestalozzischule, beim Max-Slevogt-Gymnasium und bei der Grundschule Godramstein tätig zu werden. Einen entsprechenden Antrag habe man an die Obere Naturschutzbehörde bei der SGD gestellt. Wichtig sei, dass es nachhaltig gemacht werde. Weiter müsse man Ersatzplätze für die Saatkrähen herrichten, was man bereits umsetze. Hinsichtlich einer Bejagung sei das Land sehr zurückhaltend und würde diese nur erlauben, wenn es keine zumutbaren Alternativen gebe.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass das Europarecht eine Bejagung verbiete und es das Land daher nicht genehmigen könne. Dem Antrag könne man zustimmen mit der Maßgabe, dass man ihn dahingehend erweitere, dass das Europaparlament eine entsprechende Bejagung zulasse.

Ratsmitglied Hartmann wies darauf hin, dass eine Ausnahmegenehmigung für eine Bejagung nur bei Unzumutbarkeit erteilt werden könne. Natürlich sei es ein Problem, das Gesamtproblem sei aber auch nur lösbar, wenn man alle Vögel töten würde. Er schlage vor, den Vorschlägen des Umweltamtes zu folgen. Dies bedeute, dass man sich um die Belange der Schulen kümmere und dort Lösungen finde. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die Saatkrähen ein ernstes Problem seien und die Bürger nerven würden. Es gebe aber nach Aussage der Fachleute keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Auch die Vergrämung sei aufgrund der rechtlichen Regelung ein Problem. Man könne aber dem CDU-Antrag mit der Ergänzung der SPD zustimmen.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass sich die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion mit dem Antrag nicht anfreunden könne. Seine Fraktion unterstütze den Vorschlag der Verwaltung. Unstrittig sei, dass es an den Schulen brenne und man dort handeln müsse. Insgesamt müsse uns bewusst sein, dass man für die Lösung des Problems einen langen Atem brauchen werde.

Ratsmitglied Dr. Bals war der Auffassung, dass geschlossene Fenster und Klimaanlage unzumutbare Alternativen seien. Man sollte die Möglichkeiten ausloten, ob eine



nachhaltige Lösung des Problems möglich sei. Gerne stimme er zu, den Vorschlag von Herrn Maier aufzugreifen und auch die EU-Ebene einzubinden.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass der Antrag der CDU mit der Erweiterung der SPD im Raum stehe. Die Verwaltung würde einen entsprechenden Brief an das Land, den Bund und die EU formulieren. Im Umweltausschuss werde man zusätzlich über die Vergrämnungsmaßnahmen informieren.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

Der Stadtrat der Stadt Landau fordert die Landesregierung, die Bundesregierung und die EU auf, gesetzlich initiative zu werden oder durch den Erlass einer Ausnahmegenehmigung nach Artikel 9 der Vogelschutzrichtlinie die Voraussetzungen für eine Dezimierung der Saatkrähen im innerstädtischen Bereich zu schaffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrrading Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. Ein Fahrrading könne ein weiteres Element zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur sein. Es gebe gegen Lärm und Feinstaub kein besseres Mittel als eine qualitative Stärkung des Radverkehrs.

Der Vorsitzende schlug vor, diesen Antrag in den Fachbeirat Mobilitätskonzept zu verweisen. Die Zielsetzung sei, im 1. Quartal 2019 einen ersten Maßnahmenkatalog des Mobilitätskonzeptes zu diskutieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2018, im Rahmen des sich in Arbeit befindlichen Mobilitätskonzeptes einen Fahrrading zu planen, wird in den Fachbeirat Mobilitätskonzept verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 16. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2019 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Übertragung von 3 Grundstücken incl. aller Aufbauten in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 22. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Übertragung der Grundstücke, Fl. Nrn. 6325, 6326 und 6327 in der Gemarkung Godramstein incl. der dort aufgebauten Spielgeräte mit einem Buchwert von insgesamt 6.034,54 € in das Vermögen des Gebäudemanagements Landau.

Die Übertragung soll in Form einer Einlage durch den Einrichtungsträger (Stadt Landau in der Pfalz) als zweckgebundene Rücklage in der Bilanz des GML abgewickelt werden.

Die Widmung erfolgt zum 1. Januar 2019. Das Gebäudemanagement Landau ist ab 1. Januar 2019 für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der o. g. Flächen incl. der Aufbauten zuständig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Stadtbibliothek Landau in der Pfalz, Neufassung der Benutzungs- und Kostenordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 27. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der „Benutzungs- und Kostenordnung für die Stadtbibliothek Landau in der Pfalz“



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 5. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies darauf hin, dass man auf dem Friedhof Queichheim eine Blumenablegestelle am Urnenstelenfeld mit einplane.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.
2. den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Vergabe der Pflegearbeiten und des Winterdienstes auf dem Hauptfriedhof 2019 bis 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 5. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 werden die Pflegearbeiten auf dem Hauptfriedhof Landau an den jeweils preisgünstigsten Anbieter vergeben:

- Los 1 – Grünflächenpflege: Steffen Schüpferling GaLaBau, Neustadt an der Weinstraße**
- Los 2 – Grabpflege: Steffen Schüpferling GaLaBau, Neustadt an der Weinstraße**
- Los 3 – Winterdienst: Gartenleben Borchert GmbH, Ludwigshafen am Rhein**
- Los 4 – Wegepflege: Immobilien Service Deutschland GmbH, Kaiserslautern**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Integriertes Klimaschutzkonzept

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 11. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei richtig, dass man im Bezug zum Referenzjahr lediglich eine Ersparnis von 9 % habe, dabei sei aber das deutliche Wachstum unserer Bevölkerung nicht berücksichtigt. Es sei auch richtig, dass man noch vieles zu tun habe. Deshalb wolle man eine Klimaschutzmanagerin oder einen Klimaschutzmanager einstellen, mit dem man konkrete Maßnahmen und Konzepte erarbeiten werde. So werde es um das Thema Solarnutzung und Fotovoltaiknutzung gehen. Dies müsse man sehr überlegt angehen. Die Verwaltung müsse aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht aufs Pferd gehoben werden. Das Gros an Einsparungen bekomme man ohnehin nur mit Modernisierungen in den Privathaushalten.

Ratsmitglied Eggers war der Meinung, dass schon viele Weichen richtig gestellt worden seien. Dies zeige sich besonders in der Minderung der Pro-Kopf-Emissionen um 27%. Es sei wichtig, es weiter mit großem Engagement anzugehen. Aber man müsse auch die Bevölkerung für dieses Thema weiter sensibilisieren. Hierzu benötige man die Stelle eines Klimaschutzmanagers. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass „global denken, lokal handeln“ das Credo für dieses Klimaschutzkonzept sei. Der heiße Sommer habe gezeigt, wie wichtig ein solches Klimaschutzkonzept sei. Hier gebe es noch viel zu tun, er denke hier beispielsweise an versiegelte Flächen in der Stadt. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann erinnerte daran, dass bereits im Klimaschutzkonzept aus dem Jahre 2012 stand, dass sich Landau der Herausforderung stelle. Das vorliegende Konzept sei ein gutes Konzept mit guten und wichtigen Zielen. Es gebe noch mehr Bereiche, in denen Stadtpolitik tätig werden könne, beispielsweise im Bereich Wohnen und ÖPNV. Man brauche Mut und Entschlossenheit zur Umsetzung dieses Konzeptes. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte das vorgelegte Klimaschutzkonzept. Der vergangene Sommer habe gezeigt, wie wichtig es sei, hier zu handeln. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Wagner bestätigte, dass in Landau schon einiges passiert sei. Die Stadt müsse mit Vorbildfunktion vorangehen, was sie auch tue. Es gehe auch um die Sensibilisierung der Bevölkerung, hier habe sicher jeder noch Potential. Gut wäre auch, wenn man viele neue Ideen und Pilotprojekte in diesem Bereich aufnehmen und auch wagen würde. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Beigeordneter Klemm unterstrich, dass gerade im Solarbereich in Landau schon viel passiert sei. Es gebe beispielsweise ein Solarkataster und die Beteiligung an der Woche der Sonne, um nur wenig zu nennen. Er erinnere auch daran, dass man beispielsweise mit der Grundschule Wollmesheim eine CO²-neutrale Schule habe. Man müsse mehr Bürger sensibilisieren, auch dafür gebe es die Stelle des Klimaschutzmanagers. Möglicherweise brauche man dafür auch mutige Entscheidungen wie beispielsweise bei der Windkraft. Er hoffe heute auf eine einstimmige Entscheidung. Es werde kein einfacher Weg sein, aber ein machbarer.



Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass niemand gesagt habe, es sei in den letzten Jahren nichts getan worden. Die Ziele seien ja ganz nett, aber man müsse diese auch konsequent angehen. So weiterzumachen wie in den letzten sechs Jahren werde nichts ändern. Er habe nicht das Gefühl, dass die anderen Fraktionen hier den Menschen auch was zumuten wollen. Es werde weiter Auto gefahren, man setze weiter auf Einfamilienhäuser. Man müsse hier sehr große Schritte machen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Verwaltung immer gesagt habe, dass man im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes auch das Klimaschutzkonzept bearbeiten werde.

Ratsmitglied Freiermuth ergänzte, dass aber auch nicht jeder Fahrrad fahre. Viele, gerade ältere oder beeinträchtigte Menschen, seien auf das Auto angewiesen. So einfach könne man es sich nicht machen, die Welt sei bunt und vielfältig und sollte es auch bleiben.

Ratsmitglied Lichtenthäler entgegnete, dass das Motto „Jedem das seine“ nicht mehr funktionieren werde. Hier müsse man klare Kanten setzen. Er stelle hier auch eine gewisse Müdigkeit in der Bevölkerung fest. Gründe hierfür müsse man sicher auch in Berlin suchen. Er hoffe, dass man dies mit dem Klimaschutzmanager wieder neu beleben könne.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. die Umsetzung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Landau in der Pfalz“ und den Aufbau eines kontinuierlichen Klimaschutz-Controllings**
- 2. Die Verwaltung wird vorbehaltlich des Beschlusses zum Stellenplan 2019 beauftragt, Fördermittel für die Schaffung einer auf zunächst drei Jahre befristeten Personalstelle zum Klimaschutzmanagement zu beantragen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 27. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

überplanmäßige Mittel bei folgendem Produktkonto zur Verfügung zu stellen:

2180.5238

17.000,00 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Kulturloge Landau;

Gründung einer Partnerschaft mit der Kulturabteilung der Stadt Landau

Ratsmitglied Schowalter war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kulturabteilung vom 4. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Blinn unterstrich, dass über das Ziel Einigkeit bestehe. Die Kulturloge habe sich bereits gegründet und habe den Verein Südsterne als juristisches Dach. Im Vordergrund stehe aber immer die Kulturloge als Projekt. Selbstverständlich könnten sich alle Sozialverbände beteiligen. Die Kulturloge habe sich eine Geschäftsordnung gegeben, in der die Bildung eines Beirates festgelegt sei.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Kulturloge eine gute Idee sei. Die Unklarheiten hätten bei der CDU-Stadtratsfraktion bei der Ausgestaltung bestanden. Es gehe seiner Fraktion darum, dies auf möglichst breite Schultern zu stellen. Er bitte darum, nach 12 Monaten eine Evaluation zu machen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begrüßte die Initiative ausdrücklich. Es gehe um die Teilhabe am kulturellen Leben. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass es sehr wohl Bedenken gegeben habe. Mittlerweile stehe es auf einer breiten Basis, was am Anfang nicht so gewesen sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass Eintrittskarten für einzelne Veranstaltungen der städtischen Kulturabteilung unentgeltlich für die Landauer Kulturloge zur Verfügung gestellt werden dürfen. Dabei handelt es sich um jeweils im Voraus festzulegende Kontingente an Karten für Veranstaltungen, bei denen zu erwarten ist, dass sie nicht restlos ausverkauft sein werden. Über die Kontingente ist der Stadtvorstand vorab zu informieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Bebauungsplan „C 39, Prießnitzweg“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird der Bebauungsplan „C 39, Prießnitzweg“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „C 39, Prießnitzweg“ ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Geltungsbereichs und der Vorentwürfe vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“, Fortschreibung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eichhorn unterstrich, dass Grundidee die Förderung von strukturellen Umbaumaßnahmen sei. Landau habe von diesem Städtebauförderprogramm nachhaltig profitiert. In 15 Jahren seien 11 größere und kleinere Maßnahmen umgesetzt worden, die die Gebiete gravierend verändert hätten. Jetzt stünden acht neue Maßnahmen auf dem Wunschzettel. Allerdings ende im Jahr 2021 die Förderung, so dass diese Maßnahmen bis dahin begonnen sein müssten. Dies sei eine große Herausforderung. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier sprach von einer Erfolgsgeschichte für die Stadtentwicklung. Auch die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass das bisherige Maßnahmenpaket gut geworden sei. Er sehe die Notwendigkeit, diese Vorlage heute zu beschließen. Den Grünen würden aber politische Aussagen zur Königstraße und zum Weißquartierplatz fehlen. Daher werde sich die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion enthalten.

Ratsmitglied Freiermuth bezeichnete die Präsentation als Labsal für den Stadtrat. Es sei wünschenswert, dass die acht Projekte bis 2021 umgesetzt werden können. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl lehnte den Millionenaufwand für die Maßnahmen Ostringpavillon und Weißquartierplatz ab. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung des Landes die Fortschreibung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts für das Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“ (Anlage 3-5) gem. § 171b Abs. 2 BauGB und § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

4-streifiger Ausbau der B 10: Bau einer Geh- und Radwegeverbindung zwischen Nußdorf und Landau entlang der L 516 und L 512

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er bitte um Ergänzung des Beschlusses, auch eine westliche Anbindung in Richtung Godramstein zu berücksichtigen, was ein Wunsch des Ortsbeirates Nußdorf sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Dem Bau einer Geh- und Radwegebrücke über die B 10 mit Ausbau der weiterführenden Wirtschaftswege im Bereich der Anschlussstelle B10/L516/L512/K13 wird zugestimmt. Es ist neben der östlichen Abzweigung noch die westliche Anbindung zu berücksichtigen, um den Radverkehr Richtung Godramstein zu gewährleisten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Ausbau der Unter- und Herrenstraße in Landau-Mörzheim; Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Unter- und Herrenstraße in Landau-Mörzheim ist der Firma Johann Schön & Sohn Bau GmbH & Co KG, Speyer, zu den Preisen ihres Angebotes vom 29.10.2018, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 608.039,65 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Vergabe der Reinigungsleistungen im Zoo Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Zoo vom 19. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Für die Zeit vom 01.03.2019 bis 28.02.2023 werden die Reinigungsarbeiten im Zoo Landau in der Pfalz an die Firma Gebäudereinigung Jeblick GmbH, Otto-Hahn-Straße 4, 67661 Kaiserslautern, vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2019 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 12. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Zu den Aufgaben des neugewählten Stadtrates werde es gehören, die Struktur der Stadtholding weiterzudenken.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass die Stadtholding immer als Heilsbringer für den städtischen Haushalt gepriesen worden sei. Nun habe sich der Wind gedreht. Man sei abhängig vom hart umkämpften Energiemarkt. Man müsse abwarten, ob das vorgestellte Konzept bis zum Jahr 2028 durchzuhalten sei. In jedem Fall werde man einen Plan B erarbeiten müssen, falls die Gewinnvorträge nicht ausreichen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Oberbürgermeister zu empfehlen, in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2019 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	3.266	
- Aufl. SoPo's	98	
- sonstiger Ertrag (Zuschuss GML)	100	
- sonstiger Ertrag (Ausgleichszahlung gemäß § 3 des öffentlichen Betrauungsaktes vom 16.11.2015)	299	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	0	
- Ergebnisübernahme	<u>1</u>	3.764
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	6.573	
- Finanzaufwand	<u>0</u>	6.573
Gesamtergebnis 2019	T€	-2.809

2. Vermögensplan 2019

Summe der Einnahmen	3.569
Summe der Ausgaben	3.569



3. Stellenübersicht

	2019	2018	30.06.18
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	58,46	57,95	48,89
Gesamt	59,51	59,00	49,94
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	6,00	9,00	8,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2019 T€ 2.939 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Beteiligungen.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2020 – 2024

5. Beteiligung EnergieSüdwest AG

Im Bereich der Beteiligung ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass von Seiten der EnergieSüdwest AG noch keine Dividende in das Planergebnis eingeflossen ist. Vorsorglich sollte damit gerechnet werden, dass im Planungsjahr 2019 der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG das durch die operativen Verluste generierte Defizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nicht ausgleichen kann. Handelsrechtlich wird es durch eine Verrechnung mit den bisher aufgebauten Gewinnvorträgen weiterhin möglich sein, ein positives Bilanzergebnis auszuweisen.

⋮



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Informationen zum Geothermiekraftwerk, das seit dem 1. Dezember 2018 wieder stillstehe.

Der Vorsitzende bestätigte einen Störfall, der allerdings keine großen Auswirkungen gehabt habe. Über ein erneutes Wiederanfahren werde man vom Bergamt informiert.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, ob seine Anfrage zur Videoüberwachung auf dem Thomas-Nast-Nikolausmarkt heute noch beantwortet werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er die Anfrage bereits schriftlich beantwortet habe.



Die Niederschrift über die 42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 11.12.2018 umfasst 37 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 321.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter